

Information für die Presse

SPD-Fraktion im Bad Homburger Stadtparlament

Ansprechpartnerin: Lucia Lewalter-Schoor, Dornholzhäuser Straße 15 b,
61350 Bad Homburg v.d.Höhe, Telf. 06172-100-10 83, mobil 0160-40 82 722

Bad Homburg v.d.H., 23. April 2010

SPD kritisiert Ignoranz im Stadtparlament

Beschlussfassung zum Antrag über die Integration behinderter Schülerinnen und Schüler in Bad Homburger Schulen abgelehnt

Mit großem Bedauern musste die SPD Fraktion in der letzten Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis nehmen, dass alle anderen Bad Homburger Parteien sich nicht mit dem Thema des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderung an Bad Homburger Schulen auseinander setzen wollen.

Mit den Argumenten, die Stadt könne ja doch nicht in dieser Sache handeln, da die Schulen in der Trägerschaft des Kreises seien, lehnten sie geschlossen den Antrag der SPD ab, die gefordert hatte zu prüfen, ob die Wahlfreiheit von Kindern mit Behinderung für eine integrative Beschulung an den Bad Homburger Regelschulen gewährleistet ist und wie viele Anträge auf Aufnahme in eine Regelschule von Eltern mit behinderten Kindern in den letzten Jahren gestellt wurden und wie vielen davon statt gegeben wurde.

„Damit entzogen sich die Stadtverordneten der Auseinandersetzung mit einem wichtigen und komplexen Thema und es ist die Chance vertan, eine durch Fakten belegte öffentliche Diskussion zu führen, wie gemeinsames Lernen an unseren Schulen möglich sein kann,“ bedauert die Antragstellerin Lucia Lewalter-Schoor.

Die UN-Konvention, die ein inklusives, allgemeines Bildungssystem für alle Kinder vorsieht, trat am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft. Sie sieht vor, dass bei der Verwirklichung dieses Rechts die Vertragsstaaten sicherstellen, dass Menschen mit Behinderungen nicht aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden.

Nach der UN-Konvention sollen es bis zu 90 Prozent sein. In den letzten Wochen und Monaten war mehrfach in den Medien zu verfolgen, dass in Deutschland nur rund 17 Prozent der Mädchen und Jungen mit Beeinträchtigung gemeinsam mit anderen Kindern unterrichtet werden, Deutschland also weit hinter den gesetzlichen Anforderungen liegt.

Wenn Schülern und Schülerinnen ohne Behinderungen die Gelegenheit gegeben wird zu gemeinsamen Erfahrungen mit Kindern mit Beeinträchtigungen, wird damit die Grundlage gelegt für eine gelungene Inklusion; dass das Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zur Normalität wird.

Mit der Ablehnung des SPD Antrages hat die Stadtverordnetenversammlung sich selbst der Möglichkeit beraubt, sich mit dem Thema des gemeinsamen Lernens von Kindern mit und ohne Behinderung fachlich fundiert auseinanderzusetzen und zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, den Druck auf das Schulamt und den Hochtaunuskreis als Schulträger zu erhöhen, um die Umsetzung der echten und verbindlichen Wahlfreiheit für Eltern mit Kindern mit Behinderung, wie sie im Gesetz gefordert ist, zu erreichen.

„Es geht schließlich um Bad Homburger Kinder, denen in der Schule die Möglichkeit zum gemeinsamen Lernen geschaffen werden soll. Es wäre auch nicht das erste Mal, dass sich die Stadtverordnetenversammlung um das „Kreis-Thema“ Schule kümmert. Vor Monaten waren wir sogar bereit, den Neubau der Friedrich-Ebert Schule vorzufinanzieren,“ gibt die SPD-Ortsvereins-Vorsitzende Elke Barth zu bedenken.

„Von großem Interesse wird sein, welche Haltung die Stadtverordneten im nächsten Jugend- und Sozialausschuss zu einem weiteren SPD Antrag, der Berufung eines hauptamtlichen Behindertenbeauftragten, haben werden. Es ist zu hoffen, dass es wenigstens hier gelingt, ein Signal zu setzen dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für Menschen mit Behinderungen in Bad Homburg einen hohen Stellenwert hat“, so Lucia Lewalter-Schoor abschließend.